

STAATSFEIND »UMSIEDLER«

Der Ansturm von vier Millionen Flüchtlingen gefährdete den Aufbau der DDR. Mit ihrer Forderung nach Entschädigung und Angleichung provozierten die Neubürger die Partei und gerieten in Konflikt mit der Stammbewölkerung. Die SED erzwang schließlich die Verschmelzung mit Hilfe von Ansiedlungsstrategie, Industriepolitik und Bodenreform.

Mit biblischen Katastrophenbildern wetterten deutsche Kommunisten gegen den Schock, der im Sommer 1945 die sowjetisch besetzte Zone ereilte. Millionen Vertriebene aus dem Osten hätten wie „Heuschreckenschwärme“ ihren kleinen Teil von Restdeutschland heimgesucht, geradezu „überschwemmt“, wie Kurt Fischer, der Innenminister des Landes Sachsen, klagte.

Entsprechend hektisch war die Reaktion. Um das Land „vor der Hungersnot“ zu bewahren, verfügte Sachsen im August 1945 die „restlose Ausweisung“ aller Vertriebenen – und half gleich auch noch kräftig nach – durch den Entzug der überlebensnotwendigen Lebensmittelkarte.

Ein Aufruhr war die Folge. Betroffene protestierten lautstark, „wie Ausgestoßene oder willenlose Tiere“ behandelt zu werden, sowjetische Kommandanten gingen, aus humanitären Gründen, gegen den Gewaltakt vor. Eine Gruppe Schlesier forderte von den Sachsen sogar die Anwendung der Potsdamer Vertreibungsbeschlüsse ein, mit denen die Alliierten sichergestellt wissen wollten, dass die „Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ wenigstens in „ordnungsgemäßer und humaner Weise“ geschähe. Kleinlaut vermeldete Sachsens mächtiger Innenminister, alles gehe „drunter und drüber“.

Das war nicht nur in Sachsen so. Vom riesigen Menschenschub, der zwischen 1945 und 1950 in das verkleinerte Nachkriegsdeutschland hineinquoll, wurde die sowjetzonale Nachkriegsgesellschaft förmlich überrannt. Weit stärker noch als ihr West-Pendant erfuhr sie demografische Erschütterungen: In der DDR machten Anfang 1949 die damals 4,3 Millionen Zuwanderer – Ost-Deutsche und Flüchtlinge



FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT SCHLOSS KARTLOW BEI GREIFSWALD (1949): „Wie Ausgestoßene“

aus Osteuropa – über 24 Prozent der Bevölkerung aus.

Vertriebene stellten zwar in der Folgezeit bis 1961 auch ein Drittel der fast drei Millionen „Republikflüchtlinge“, die die DDR in Richtung Bundesrepublik verließen. Dennoch blieb die demografische Umwälzung für die DDR-Gesellschaft auch langfristig beträchtlich. So war im sprichwörtlich veränderungsfeindlichen Mecklenburg nach 1945 fast jeder zweite Einwohner ein Vertriebener – oder besser: eine Vertriebene.

Denn das Antlitz der Vertreibung war weiblich. Das grausame Geschehen wurde zur „Stunde der Frauen“, vor allem sie hatten die schlimmen Fluchterfahrungen zu machen, sie mussten, begleitet von Alten und Kindern, die Notsituation irgendwie bewältigen.

Der Männeranteil stieg zwar später durch Rückkehrer aus der Kriegsgefan-

genschaft, nahm aber bald auch wieder ab, da bei den Republikflüchtigen wiederum klar die Männer dominierten. Nicht umsonst behandelten DDR-Schriftsteller wie Anna Seghers oder Heiner Müller das Vertriebenenproblem unter dem Stichwort „Die Umsiedlerin“.

Noch auffälliger war der überdurchschnittliche Kinderanteil bei den Vertriebenen. Das schien für die Zukunft viel versprechend, war allerdings im ersten Nachkriegsjahrzehnt eine gravierende Belastung. Gerade in ländlichen Gebieten blieb die Hilfsbedürftigkeit der vielen Alleinerziehenden und zuweilen auch noch ältere Angehörige pflegenden Frauen langfristig ein soziales Problem: Das Viertel Vertriebene im SBZ-Volk stellte 1949 fast 43 Prozent der Sozialunterstützten.

Das wurde in der DDR ein Langzeitproblem. Wirksame Integrationsmaßnahmen blieben nämlich schon deshalb rar, weil die



SBZ-PLAKATAKTION ZUR FLÜCHTLINGSHILFE: Kochtopf für Großmütterchen

für einen echten Lastenausgleich erforderlichen Umverteilungen eine Zerreißprobe für die Gesellschaft bedeutet hätten.

Die massenhafte Präsenz der Fremden veränderte die Lebenswelt der Einheimischen. Die Neuen waren zusätzliche Konkurrenten um knapp gewordene Güter, außerdem schienen sie mit ihren unablässigen Forderungen die über den Krieg geretteten materiellen Besitzstände der Einheimischen zu bedrohen. Schon gab es in einigen Kommunen und im Lande Thürin-

gen Umverteilungsvorschriften, die viele Alteingesessene begründet bange machten, ihr vermeintlich überschüssiger Hausrat könne zu Gunsten der mittellosen Vertriebenen enteignet werden.

Rasch begriffen die Sowjets, was eine solche Umverteilungspolitik in der Bevölkerung auslösen konnte. Die „Tägliche Rundschau“, Organ der Sowjetischen Militäradministration, hängte 1947 die Sache ganz hoch: „Für ein verarmtes Großmütterchen“ sei eben „der Kochtopf, den es

durch ein solches Gesetz zu bekommen hofft oder zu verlieren fürchtet, sehr viel wichtiger als die Frage, ob irgendein Konzernleiter im ganzen oder teilweisen Besitz seiner Verfügungsgewalt über Teile der deutschen Industrie bleibt“.

Eine Umverteilungspolitik zur Linderung der Ausstattungsnöte der Vertriebenen hätte womöglich das der Partei unverzichtbare Instrument Enteignung in Misskredit gebracht, jedenfalls aber – so fürchteten Sowjets und SED-Führung – die Gefahr „einer tiefen Zerrüttung des gesellschaftlichen Lebens“ heraufbeschworen. So behielt das Großmütterchen den Kochtopf, der große Ausgleichsakt unterblieb.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten Sowjets und SED noch versucht, die Notlage der Vertriebenen mit besonderer Sozialfürsorge aufzufangen. Der 1946 ergangene Befehl Nummer 304 der Sowjetischen Militäradministration gewährte arbeitsunfähigen und bedürftigen Vertriebenen eine einmalige Finanzunterstützung in Höhe von 300 Reichsmark für Erwachsene und je 100 Reichsmark für deren Kinder. Bis 1949 wurden in der SBZ über 400 Millionen Mark für diese Vertriebenensoforthilfe ausgeschüttet – fast jeder zweite Vertriebene bekam eine Unterstützung.

Anders aber als in Westdeutschland, wo seit dem Soforthilfegesetz von 1949 eine vergleichbare „Unterhaltshilfe“ fortlaufend gewährt wurde, blieb es in der DDR bei der Einmalzahlung. Alte und bedürftige Vertriebene hatten keine Lobby und blieben allein – angesichts vertreibungsbedingter Besitzlosigkeit für viele alte Menschen eine niederschmetternde Perspektive.

Sie galten nun als „Umsiedler“. Denn die sowjetische Besatzungsmacht wünschte eine dauerhafte „Sesshaftmachung“, Begriffe wie „Flüchtlinge“ oder „Vertriebene“ wurden folglich von Amts wegen abgeschafft. Die Bevölkerung hatte ihre eigenen (nicht immer freundlichen) Bezeichnungen, doch die SED-Politik redete bald schon von „Neubürgern“ oder „ehemaligen Umsiedlern“, um die überaus raschen Fortschritte ihrer erfolgreichen „Assimilations“-Politik anzudeuten.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit widerlegte derartige Sprachpolitik aber nur zu oft. Viele insbesondere aus der älteren Generation wünschten sich die alte Heimat zurück. Das kollidierte mit der offiziellen SED-Politik einer Anerkennung



SÄCHSISCHER
INNENMINISTER FISCHER
„Es geht drunter und
drüber“

JÜRGENS OST + EUROPA PHOTO

der Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze“ (1950). Unbehagen in der verordneten „neuen Heimat“ wurde freilich auch – nicht anders als in Westdeutschland – durch feindselige Nachbarn gespeist, denen die Neuen vielfach als „verstohlenes Flüchtlingspack und faules Volk“ (so eine Ostpreußin 1948) galten.

Freilich muss man differenzieren. Zwar hatten alle Vertriebenen psychologisch und materiell am Verlust ihrer Heimat und ihres Besitzes schwer zu tragen, doch das jeweilige soziale Umfeld schuf unterschiedliche Integrationsvoraussetzungen: Arbeiter und Handwerker siedelten überwiegend in Städten, wo die Verschmelzung mit der eingessenen Bevölkerung rascher vor sich gehen konnte als in kleinen Dorfgemeinden. Vertriebene Bauern, denen eine Beteiligung an der Bodenreform verwehrt geblieben war, hatten dort als Arbeiter bei einheimischen Landwirten „täglich vor Augen, dass die eingessenen Bauern ungeschmälert all ihren Besitz“ behalten hatten (so die brandenburgische Regierung 1946).

Insgesamt befanden sich Vertriebene in der SBZ in einer frustrierenden Lage: Durch die Politik wurde ihre besondere Hilfsbedürftigkeit zunächst überall anerkannt, was ähnlich wie im Westen in eine besondere Integrationspolitik für die „Umsiedler“ mündete. Gesellschaftlich hingegen war das Gruppenschicksal der Vertriebenen vielfach Ausgrenzung und Abstieg. Erst das doppelte deutsche Wirtschaftswunder im Laufe der fünfziger Jahre entspannte die Lage.

Ein Kernproblem blieb die Wohnungsunterbringung. Während man in der Bundesrepublik nach 1950 auf großzügigen Neubau setzte, fielen die diesbezüglichen Erfolge der DDR-Planwirtschaft mehr als bescheiden aus. So blieb der DDR langfristig nur die weitere Umverteilung bereits bestehenden Wohnraumes, bei dessen Zuteilung die Vertriebenen freilich mit immer mehr Bürgern aus anderen, meist wirtschaftlich wichtigen Anrechtsgruppen konkurrieren mussten.

Wohnungsneubau war in der SBZ/DDR kaum möglich. Zwar führte die frühzeitige Anstrengung des 1947 begonnenen „Neubauernbauprogramms“ bis 1953 zur Errichtung von 95 000 Häusern. Zu einem guten Teil kamen die auch Vertriebenen zugute – allerdings nur einer winzigen Minderheit von wenigen Zehntausend unter den vier Millionen. Außerdem war für diese Neubauten teilweise bereits bestehender Wohnraum abgerissen worden – darunter aus ideologischen Gründen allein 1947/48 an die 1500 enteignete Gutshäuser. Diese Wohnraumvernichtung ging dann oft noch zu Lasten anderer Vertriebenen, die bis dahin in diesen Gebäuden untergebracht waren.

Obwohl die bürokratische Wohnraumumverteilung zu Lasten Einheimischer



WOHNUNGSNEUBAU IN STALINSTADT (1953): Kleinkriege um 4,7 Quadratmeter

eher viel weiter ging als in den westlichen Besatzungszonen, gelang dennoch die beabsichtigte Angleichung der Lebensverhältnisse nicht. Beharrlich schützten die Alteingesessenen ihre Besitzstände. Hier hatte auch eine Diktatur gegen die einheimische Bevölkerungsmehrheit wenig auszurichten.

Jede Wohnraumumverteilung war mit Kleinkriegen zu erkaufen, was zahlreiche Wohnungsbehörden auf den Weg des geringsten Widerstandes zwang. Obwohl die durchschnittliche Wohnfläche für Vertriebene zwischen 1947 und 1949 verdoppelt werden konnte, hatten die neuen Bürger mit 4,7 Quadratmetern auch weiterhin nur etwa die Hälfte des Wohnraumes der alten zur Verfügung.

Die Verbesserungen waren in den Industrieregionen günstiger verlaufen als in den Agrargebieten. Das passte zu den sozialen Schieflagen im ganzen Land. 1950 machte Innen-Staatssekretär Hans Warn-

ke (SED) die DDR-Volkskammer auf die erheblichen Wohnraumunterschiede zwischen den sozialen Schichten aufmerksam. Eine Stichprobe im brandenburgischen Kreis Calau hatte gezeigt, dass trotz aller bisherigen Umverteilungspolitik die Pro-Kopf-Wohnfläche von Selbständigen und Angestellten zweimal so groß war wie jene von einheimischen Arbeitern – und sogar dreimal so groß wie die von Vertriebenen.

Immerhin entstanden in den großindustriellen Standorten allmählich sozial mobile „Schmelztiegel“ dicht neben den beharrlichen Sozialstrukturen ländlicher Dorfgesellschaften. Das war ein Erfolg. Nicht nur aus sozialen Motiven, sondern auch zur Förderung der Assimilation sollten Vertriebene so schnell wie möglich aus den Ghettos der Sammellager heraus. Deshalb auch zählte die Unterbringung Vertriebenen in so genannten Dauerwohnungen – und sei es durch Zwangseinweisungen als Untermieter – zum Kernbestand sozialistischer Integrationspolitik.

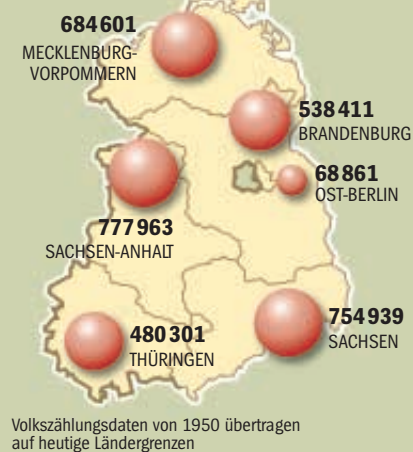
Die SED-Propaganda machte jedoch von dieser wichtigen Integration in industrielle Betriebsbelegschaften wenig Aufhebens, denn mit diesen Erfolgen unterschied sich die DDR kaum von westdeutschen Integrationsverläufen.

Der Unterschied der Systeme und der vermeintliche Vorsprung der DDR-Politik ließ sich viel besser an der Bodenreform demonstrieren, denn Vertriebenenintegration durch Enteignung und Umverteilung von Land hatte es im Westen nicht gegeben. Noch 1970 hielt SED-Chef Walter Ulbricht mit Blick auf die 1945 erfolgte Enteignung des Großgrundbesitzes selbstzufrieden dem Westen vor: „Was wir fertig gebracht haben, das hätte man auch in Westdeutschland fertig bringen können.“

Aber was genau hatte man erreicht? Zunächst einmal bedeutete die Bodenre-

Neue Heimat DDR

Flüchtlinge und Vertriebene 1950





BODENREFORM-FEIER IN MECKLENBURG (1947)*: „Fass ohne Boden“

form eine Form der Integration durch gewaltsame Desintegration. Bisherige Landbesitzer und deren Angehörige wurden enteignet und meist auch vertrieben, um Platz für neue Kleinbesitzer – darunter etliche Neubürger aus dem Osten – zu schaffen.

Auf diese Weise erschienen Vertriebene, die zu Neubauern geworden waren, wie Profiteure der SED-Diktatur. Ähnlicher Konfliktstoff war bereits dadurch entstanden, dass dank der vergleichsweise rigorosen Entnazifizierung der Beamten-schaft die Voraussetzung dafür geschaffen wurde, bis 1950 rund 140 000 Vertriebene im öffentlichen Dienst der DDR unterzubringen.

Die Bodenreform mit dem sozialrevolutionären Anspruch war wirtschaftlich unmodern. Grundsätzlich bot die Vertreibung mit ihren Folgen in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften die Chance auf

doch zugleich war sie ökonomisch unsinnig. Die neue kleinbäuerliche Betriebsstruktur führte zwangsläufig zu Produktionsrückgängen und damit zu Engpässen in der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung.

Weil die meisten Neubauernbetriebe nur durch massive Subventionen überleben konnten, wurde diese Art der Integration zu einer kostspieligen Farce, deren Scheitern durch die Bildung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften ab 1952 aufgefangen werden musste. Allein das Neubauern-Bauprogramm dürfte in knapp sechs Jahren 900 Millionen Mark verschlungen haben. Kein Wunder, dass DDR-Planungsminister Heinrich Rau das Ganze schon 1950 ahnungsvoll als „Fass ohne Boden“ sah.

Kaum ein Neubauernhof verfügte über Maschinen oder Ackergeräte, auch das allgemeine Lebensniveau der Neubauern erschien politischen Kontrolleuren noch 1950 „kaum vorstellbar niedrig, sowohl ernährungs-, kleidungs- als auch einrichtungsmäßig“ (so ein interner Bericht der Ost-CDU). Manche Neubauernfamilien hatten vor der letzten Ernte regelrecht hungern müssen. Bei solchen Verhältnissen war es kein Wunder, dass die Zahl der Hofaufgaben von Jahr zu Jahr zunahm, zumal das Leben in den Städten sich allmählich verbesserte.

Gerade Vertriebene hatten oft die schlechtesten Böden erhalten und mussten, da sie über keine eigenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude verfügten, jahrelang kilometerweite Fußmärsche zu ihren Betrieben in Kauf nehmen.

Trotzdem bot die Beteiligung an der Bodenreform zeitweilig bis zu 91 000 Familien aus dem Osten einen gewissen materiellen und sozialpsychologischen Halt. Ein Teil dieser „Umsiedler-Neubauern“

fand in der kollektivierten DDR-Landwirtschaft eine Zukunftsperspektive. Insgesamt aber wurde die Zukunft der Vertriebenen nicht von sozialrevolutionärer Agrarpolitik auf dem Lande, sondern vielmehr durch gezielte Abwanderung vom Lande in die Industrie geprägt.

In gewisser Hinsicht war jedoch der Umstand, dass Vertriebene 1950 über 43 Prozent der DDR-Neubauern stellten, ein beträchtlicher Integrationserfolg. Waren doch die neuen Bürger in der ersten Zeit nach der Bodenreform in den Dörfern „als Fremde und Eindringlinge behandelt“ worden – wie die brandenburgische Landesregierung 1947 einräumte. Das machte klar, wie sehr die Vertriebenen gesellschaftlich abseits standen und politischer Unterstützung durch den Staat bedurften.

Eine solche Parteinahme gegenüber der Mehrheitsgesellschaft aber war für die SED riskant. Materielle Umverteilung



SED-CHEF ULBRICHT (R.) MIT BAUERN
Parteibücher flogen

oder sozialpolitische Gruppenförderung rief oft heftigen Widerstand oder Sozialneid einheimischer Bevölkerungsgruppen hervor, denen es nach eigener Einschätzung ja auch an vielem fehlte.

Schon 1948 erwogen SED-Politiker, jede besondere Vertriebenenförderung einzustellen – weil Mittel für Sozialpolitik knapp und öffentliche Diskussionen über Vertreibung politisch unerwünscht waren, aber auch weil man die Gräben zwischen Alteingesessenen und Vertriebenen durch Förderung der Minderheit nicht noch zusätzlich vertiefen wollte.

Doch eine Geste an die Vertriebenen war unvermeidlich. Schließlich hatten bei ihnen Berichte über die 1949 einsetzenden westdeutschen Hilfsprogramme und auch die frühzeitige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch das SED-Regime heftige Unruhe ausgelöst. Deshalb begann die DDR, wenigstens zeitweise, wieder mit Sozialpolitik für Vertriebene.

Das „Umsiedlergesetz“ vom September 1950 wurde zur DDR-Variante des Bonner „Soforthilfegesetzes“. Im Unterschied zur Bundesrepublik freilich war das sozialpolitische Angebot ausschließlich an Vertriebene gerichtet. Prompt erregte es neuen Unmut unter den nun wieder benachteiligten einheimischen Kriegs-

Die Zwangseinweisung der Flüchtlinge war Kernbestand der sozialistischen Integrationspolitik.

einen Modernisierungsschub für die Erwerbsstruktur. Daran gemessen hatten die Bodenreform und die anschließende „Neubauern“-Förderung etwas zutiefst Anachronistisches.

Indem der bisherige Großgrundbesitz in über 200 000 je acht Hektar kleine „Neubauernhöfe“ parzelliert wurde, erlebten zwar etliche vertriebene Landwirte eine bescheidene Statusrestauration,

* Symbolische Grenzziehung auf der früheren Domäne Bredentin bei Güstrow.

geschädigten, insbesondere den Opfern des Bombenkrieges. Das trug zur bald folgenden ersatzlosen Einstellung der Vertriebenenförderung nicht wenig bei.

Zudem diente auch die Neuauflage der DDR-Vertriebenenförderung primär der Integration in die DDR-Arbeitsgesellschaft, richtete sich also vor allem an Neubauern, Handwerker, Industriearbeiter oder qualifikationsbereite Jugendliche aus dem Osten. Alte und Arbeitsunfähige gingen hingegen leer aus.

Einzig der „Wohnbedarfkredit“ – bis zu 1000 Mark pro Haushalt für Mobiliar und Hausrat – schien unterschiedslos allen Vertriebenen zu nutzen. Doch auch hier wurde man bald eines Besseren belehrt. Sozial Schwache und Rentner übten Zurückhaltung, denn die Kredittilgung hätte sie übermäßig belastet.

Als bald sahen sich auch besserverdienende Facharbeiter durch nachgeschobene verschärfte Richtlinien ausgegrenzt – für viele ein eklatanter Widerspruch zur ansonsten von der SED propagierten Förderung der „Aktivisten und Bestarbeiter“. Der Zorn war groß. Aus Potsdam wurden anlässlich der Neuregelungen Ende 1950 „regelrechte Tumulte“ vermeldet, wobei auch Parteimitgliedsbücher herumgeflogen sein sollen.

Jedenfalls verkehrte sich die anfängliche Begeisterung vieler Vertriebenen über das DDR-Umsiedlergesetz rasch ins Gegenteil. Vor allem begriff man bald, dass Kredite mit langjährigen Tilgungsverpflichtungen einen auf Teilentschädigung

Auf den Widerwillen der Mehrheitsbevölkerung gegen Umverteilung konnte die Partei zählen.

zielenden Lastenausgleich, wie er ab 1952 in der Bundesrepublik durchgeführt wurde, nicht ersetzen konnten.

Da die DDR die Vertriebenen mit ihrer Umsiedlerpolitik nicht einzubinden und von lästigen Eigeninitiativen abzuhalten vermochte, setzte sie auf politischen, teils polizeilichen Gegendruck. Wer es wagte, die allzu eng gezogenen Grenzen parteikonformer Umsiedlerpolitik zu sprengen – etwa durch offene Diskussion über Grenzfragen oder Lastenausgleich – riskierte Strafe. Unterdrückt wurden allein schon Hinweise darauf, dass es solche Debatten überhaupt gab.

Als die DDR das Vertriebenenproblem Mitte der fünfziger Jahre von der Agenda strich, dürfte das im Sinn der öffentlichen Meinung gewesen sein; denn auf den Widerwillen der Mehrheitsbevölkerung konnte die Partei, bei allen sonstigen Divergenzen, mit ihrer Vertriebenenpolitik bauen.



UMSIEDLER, SOWJETSOLDATEN: Veto gegen Funktionäre

Die benachteiligte Minderheit wiederum war zu schwach, um eine längerfristige Beibehaltung wirklicher Unterstützung zu erzwingen, etwa durch organisierte Interessenpolitik, wie dies den Vertriebenenverbänden im Westen gelang. Seit Mitte der fünfziger Jahre bestand daher das Integrationsangebot der SED an die Vertriebenen nur noch in der individuellen Mitarbeit in der DDR-Arbeitsgesellschaft.

Man sollte freilich nicht unterschätzen, dass damit auch Aufstiegschancen verbunden waren, vor allem für die jüngere Vertriebengeneration und für Frauen. Die frühe DDR-Gesellschaft war durch die Entmachtung bisheriger Eliten und bis 1961 auch durch massenhafte Westabwanderung gekennzeichnet und mithin in hohem Maße sozial mobil.

Die „erste moderne Gesellschaft auf deutschem Boden“, wie der Soziologe



THEATER-PROVOKATEUR MÜLLER (1994)
Ärger mit der „Umsiedlerin“

Ralf Dahrendorf mit Blick auf diese Aufstiegsmobilität 1965 die DDR bezeichnet hat, war zweifellos eine „Leistungsgesellschaft“. Das bot auch den Vertriebenen Möglichkeiten. Gerade für sie, die 1945 fast ohne jeden persönlichen Besitz dagestanden hatten, verschmolz vielfach der gemeinsame Wiederaufbau mit dem persönlichen, hart erarbeiteten Aufstieg „aus Ruinen“.

Aus der kontrollierten Öffentlichkeit waren Begriff und Probleme der „ehemaligen Umsiedler“ seit Mitte der fünfziger Jahre nahezu völlig verschwunden. Sie tauchten erst in den achtziger Jahren bei DDR-Historikern zaghaft wieder auf.

Tabuisiert war bis dahin die Rolle der Roten Armee beim Vertreibungsgeschehen, ebenso die nicht aufgearbeitete Problematik der „Friedensgrenze“ und damit

das Verhältnis zwischen Deutschen, Polen und Tschechoslowaken. Hinzu kam der unbewältigte gesellschaftliche Grundkonflikt – die verdrängte Kluft zwischen Vertriebenen und alteingesessener Mehrheit.

Doch es hatte auch in der Bundesrepublik bis 1965 gedauert, ehe die Ost-Denkschrift der evangelischen Kirche den „Kern des Vertriebenenproblems“ ganz offen benannte: die traumatischen Erfahrungen der Ankunft „mit allen menschlichen Erniedrigungen“ und dem folgenden „Komplex mangelnder gesellschaftlicher Aufnahme und Anerkennung“.

Zu solch selbstkritischer Befragung war die DDR-Gesellschaft erst recht nicht bereit. Nicht zuletzt, um diesem wunden Punkt der eigenen Geschichte zu entgehen, war Heiner Müllers provokantes Drama „Die Umsiedlerin“ nach einer Probevorstellung 1961 sofort verboten worden.

Erst 15 Jahre später durfte das Stück – freilich unter dem unverfänglichen Titel „Die Bauern“ – öffentlich aufgeführt werden. Nach der Premiere trat Klaus Gysi, der ehemalige DDR-Kulturminister, an den sarkastischen Chronisten des konfliktreichen „Lebens auf dem Lande“ in der frühen DDR heran und raunte ihm augenzwinkernd zu: „Zu früh damals.“

MICHAEL SCHWARTZ,
Historiker am Institut
für Zeitgeschichte München